



CDU-Landesvorsitzender Norbert Blüm:

Breite Bewegung für mehr Demokratie erfolgreich – Jetzt keine Hampeleien im Detail

Die Kehrtwende der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten in Sachen Kommunalverfassungsreform ist der Erfolg einer breiten Bewegung für mehr Demokratie. Es hat lange genug gedauert, bis auch die nordrhein-westfälische SPD die Zeichen der Zeit erkannt hat und jetzt endlich auf ihrem Parteitag der Direktwahl der Bürgermeister und Landräte sowie der Abschaffung der kommunalen Doppelspitze zugestimmt hat. Doch dies geschah leider nicht aus innerer Überzeugung, sondern aus Angst vor einer schallenden Ohrfeige durch die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Die Partei, die einst mit dem Slogan „Mehr Demokratie wagen“ Wahlkämpfe gewann, muß heute zu mehr Demokratie energisch gezwungen werden.

Ich möchte mich bei allen — ganz besonders bei der KPV — bedanken, die diesen Erfolg für mehr direkte Demokratie und ein effektiveres kommunales Management in den letzten Wochen und Monaten erstritten haben. An dem eindrucksvoll demonstrierten Bürgerwillen konnten auch die reformunfähigen Betonköpfe der NRW-SPD nicht mehr vorbei.

Zunächst die Drohung und dann die erste Phase unseres Volksbegehrens waren es, die der SPD Beine gemacht haben. Die SPD wollte dieses Thema unter dem Motto Vergessen und Vertagen zu den Akten legen. Nicht umsonst hat SPD-Fraktionschef Friedhelm Farthmann im Dezember 1991 die Ergebnisse des Landesparteitages von Hagen als endgültig bezeichnet. Jetzt mußten die Sozialdemokraten klein beigeben.

Der lange Weg der Irrungen und Wirrungen der SPD zu diesem Thema zeigt, wie

weit sich die SPD in vielen Punkten von den Wünschen und Hoffnungen der Menschen in diesem Land entfernt hat. Politische Reformen sind mit der SPD in NRW nicht mehr zu schaffen.

Das Beispiel Kommunalreform zeigt aber auch, daß mit Entschlossenheit und Wagemut auch gegen den erklärten Willen der verkrusteten und erstarrten SPD in NRW politisch etwas bewegt werden kann. In den letzten Wochen sind über 50 000 Unterschriften — davon über 47 000 durch die CDU — gesammelt worden. Im ganzen Land ist eine hohe Aufmerksamkeit und Mobilisierung für dieses Thema erreicht worden. Auch die öffentliche Meinung — wie das Presse-Echo auf den SPD-Landesparteitag zeigt — schreibt unserem Einsatz das widerwillige Umfallen der SPD zu. Die Reform der Kommunalverfassung wird stets als Erfolg der CDU gewertet werden.

Wenn wir also bereit sind, geschlossen kämpfen, etwas zu riskieren und den Menschen unsere Anliegen glaubwürdig darstellen können, haben wir auch dauerhaft die Chance, Politik in diesem Land entscheidend mitgestalten zu können. Das muß uns Ansporn für die Zukunft sein. Denn dieses Land hat CDU-Politik dringend nötig, wie die Ergebnisse des SPD-Parteitags in ihrer Gesamtheit zeigen.

Wie widerwillig sich die SPD dem Druck der CDU beugt, zeigen die Details, mit denen die SPD ihr Umfallen kaschiert. Die Direktwahl soll erst 1999, gemeinsam mit der Ratswahl, durchgeführt werden, in der Übergangszeit haben die Räte und

nicht die Bürger das Wort, der genaue Aufgaben-Zuschnitt für den neuen Bürgermeister wird bewußt offen gelassen. Deshalb warne ich die SPD davor, nach dem grundsätzlichen Kurswechsel jetzt bei den parlamentarischen Beratungen Demokratie-Bremsklötze im Detail einzubauen. Solche Hampeleien machen wir nicht mit. Entweder entscheidet man sich für mehr direkte Demokratie und wirklich effektive Verwaltungsstrukturen in den Kommunen, dann muß man diesen Weg auch konsequent weitergehen. Wenn in den Landtagsberatungen quasi durch die Hintertür eine Revision der Revision stattfinden sollte, werden wir dem entschiedenen Widerstand entgegensehen.

Die Beschlüsse des SPD-Parteitages in Auszügen

■ Der Rat muß gestärkt werden auf der Basis der Allzuständigkeit und des Rückholrechtes nach § 28 GO. Der Rat legt den Aufgabenbereich des Bürgermeisters fest.

Die Verwaltung muß politisch geführt werden. Der Bürgermeister ist erster politischer Verantwortlicher der Kommune und zugleich Chef der Verwaltung und damit Dienstvorgesetzter aller Mitarbeiter/innen. Er übt sein Amt hauptberuflich aus.

■ Der Bürgermeister bildet mit den Beigeordneten den Stadtvorstand. Die Beigeordneten werden vom Rat gewählt. In diesem Gremium hat der Bürgermeister die Richtlinienkompetenz.

■ Der Bürgermeister wird unmittelbar von den Bürgern gewählt. Das Amt kann

ohne einschränkende beamtenrechtliche und besondere berufliche Voraussetzungen wahrgenommen werden. Der Bürgermeister soll auch künftig in den Rat eingebunden sein, deshalb kann die Urwahl des Bürgermeisters nur zeitgleich mit der Wahl des Rates stattfinden (verbundene Bürgermeisterwahl).

Während der laufenden Wahlperiode notwendige Nachwahlen erfolgen durch den Rat; dabei muß der Bürgermeister nicht Ratsmitglied sein.

■ Die Stärkung der direkten Einflußnahme der Bürgerinnen und Bürger durch Einwohnerantrag und Bürgerbegehren und nicht zuletzt durch die Urwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters legt nahe, über eine Verlängerung der Wahlzeit des Rates nachzudenken,



zumal die Wahlzeit des jetzigen Hauptgemeinbeamtens 8 Jahre beträgt.

■ Die erste Urwahl des Bürgermeisters soll zusammen mit der Kommunalwahl 1999 stattfinden.

■ Die Räte können während der Wahlperiode 1994—1999 beim Ausscheiden des Hauptgemeinbeamtens entweder die vorzeitige Abschaffung der Doppelspitze beschließen und einen Bürgermeister wählen, der nicht dem Rat angehört

muß, oder auf der Basis der bisherigen Gemeindeordnung bis 1999 befristete Regelungen treffen.

■ Es ist zu prüfen, ob in kleinen Gemeinden das Amt des Bürgermeisters ehrenamtlich ausgeübt werden kann.

■ Einheitsspitze und Urwahl werden auch in den Kreisen eingeführt. Die Bedingungen für die Wahl des Landrats sollen denen für die Wahl des Bürgermeisters entsprechen. ■

Presseschau zum SPD-Landesparteitag

am 15./16. Januar 1994 in Bielefeld

„Es (war) nur konsequent, daß die Sozialdemokraten im größten Bundesland endlich ihren Frieden mit der Direktwahl der Bürgermeister machten. CDU und FDP können und werden die Drohungen mit einem Volksbegehren beenden. Sie dürfen sich als Sieger fühlen.“

Westfälische Rundschau, 17. 1. 1994

„Erst auf hartnäckiges Drängen von CDU und FDP hat die NRW-SPD jetzt endlich die Kurve gekriegt und sich zur Direktwahl der Bürgermeister bekannt. Rau selbst hat diese Frage stets heruntergespielt. Auf dem Parteitag vor zwei Jahren, als dieses Thema schon einmal „heiß“ diskutiert wurde, hatte er seinen in dieser Hinsicht fortschrittlicher denkenden Innenminister Schnoor schnöde im Regen stehenlassen. Auch in Bielefeld fand Rau, obwohl die kommunalpolitische Wende der SPD feststand, kein Wort des Dankes an Schnoor, sondern er meldete trotz seiner Zweifel an der Einschätzung dieser Reform durch die

Bürger an. . . Richtig ist der Ansatz, dem politischen Repräsentanten einer Gemeinde endlich auch Entscheidungsgehalt im Verwaltungsbereich einzuräumen. Die bisherige ‚Kommunale Doppelspitze‘, also das Neben- und mitunter wohl auch Gegeneinanderwirken von Bürgermeister und Stadtdirektor, hat sich überlebt.“

Rheinische Post, 17. 1. 1994

„Der Dank für eine künftig modernere Kommunalverfassung (gebührt) vielen, die in Bielefeld gar nicht dabei waren: Neben einer unnachgiebigen Öffentlichkeit, vor allem einer CDU/FDP-Opposition, die der SPD nach ihrem Reifall von Hagen keine Ruhe gönnte. Es hat sich ausgezahlt.“

NRZ, 17. 1. 1994

„Noch vor zwei Jahren fand sich in der SPD auf einem Parteitag in Hagen weder für den Verzicht auf die Doppelspitze noch für die Direktwahl eines hauptamtlichen



Bürgermeisters eine Mehrheit; viele Parteifunktionäre fürchteten um ihren Einfluß. Erst die Drohung von CDU und FDP mit einem Volksbegehren und die Resonanz der Mitgliederbefragung bei der Kür des SPD-Vorsitzenden führten zu einer Umkehr.

FAZ, 17. 1. 1994

„Einiges spricht dafür, daß schon in Hagen eine Mehrheit gegen die Bewahrung von Pfründen zu erringen gewesen wäre, wenn sich Rau schon damals entschlossen an die Spitze der Reformer gestellt hätte. Doch er hielt sich erkennbar zurück. Offensichtlich wollte er sich öffentlich nicht mit den Fraktionsvorsitzenden vor allem aus dem Ruhrgebiet anlegen, die durch die Reform ihren Einfluß gefährdet sahen. Rau war nicht für die Reform, also schadete sie. Schon in Hagen zeichnete sich ab, daß sich diese Reformverweigerung nicht lange würde durchhalten lassen. Die öffentliche Diskussion war über die damalige SPD-Position längst hinweggegangen. In der Folgezeit wurde sie bestimmt von CDU und FDP, die ein Volksbegehren für die Urwahl des Bürgermeisters vorbereiteten.“

Ruhrnachrichten, 17. 1. 1994

„Die Landes-SPD hat die Scharte ausgewetzt und nun doch grünes Licht für das Kippen der kommunalen Doppelspitze und die Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters gegeben. Die unzeitgemäße Entscheidung vom Dezember 1991 ist zwei Jahre danach korrigiert worden. Die von Johannes Rau geführte Landespartei

konnte nicht anders. Zum einen drohte ihr von CDU und FDP ein Volksbegehren, zum anderen das Etikett Fortschrittsfeindlichkeit.“

„Gut zwei Jahre nach dem Nein zur Direktwahl des Bürgermeisters und zur Abschaffung der kommunalen Doppelspitze in Hagen wurde aus der Ablehnung von den Bürgerrechten in Bielefeld ein Votum zugunsten der Urwahl des künftig hauptamtlichen Bürgermeisters. Diese erzwungene Korrektur ist zweifellos ein Mitverdienst von Christ- und Freidemokraten. Denn ohne ihren massiven Druck und die Ankündigung des Volksbegehrens hätten die Sozialdemokraten zumindestens ihre Hinhaltetaktik weiter fortgesetzt. Noch vor gut einem Jahr hatte SPD-Landeschef Johannes Rau über die oppositionellen Drohungen gespottet.“

Westfälische Nachrichten, 17. 1. 1994

„Raus Regierungsstil ist auf Moderation und Konsens angelegt; streitbare und unbequeme Entscheidungen sind seine Sache nicht. Dadurch werden im bevölkerungsreichsten Bundesland notwendige Entscheidungen in der Industrie- und Strukturpolitik unendlich lange aufgeschoben. In der SPD-Parteiarbeit ist dies nicht anders. Mit einer bürgernahen Kommunalreform kommen die Genossen jetzt um Jahre zu spät. Und dabei mußte ihnen erst die Androhung eines oppositionellen Volksbegehrens Beine machen.“

Aachener Nachrichten, 17. 1. 1994